

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angedruckt. Redaktion: SW. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 282-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Verlag und Anzeigenstellungs-Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Bornstedts-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Klippe des Finanzausgleichs.

Bayern will die Regierung sprengen.

München, den 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Außer dem einmütig gefaßten Protest des bayerischen Landtages hat der bayerische Ministerpräsident Dr. Heide, der heute und morgen an den entscheidenden Verhandlungen des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern in Berlin teilnimmt, noch ein anderes Druckmittel gegen die Reichsregierung in der Hand, dem eine wesentlich größere praktische Bedeutung zukommt. Wie von zuverlässiger Seite verlautet, ist er von seiner Partei ermächtigt, bei einer Ablehnung der bayerischen Wünsche, die sich im allgemeinen mit denen der übrigen Länder decken, mit der Zurückziehung des Reichspostministers Stüing aus dem Reichskabinett zu drohen. Diese ultimative Drohung mit der Kündigung des Koalitionsverhältnisses dürfte angesichts der anderen noch ungelösten Probleme und der allgemeinen kritischen Lage der gegenwärtigen Reichsregierung schließlich nicht ohne Wirkung auf die endgültige Gestaltung des Finanzausgleichs sein.

Der Finanzausgleich wird die nächste und schwerste Belastungsprobe der Regierung Luther sein. In der Aufwertung war eine Einmütigkeit der Rechtsparteien verhältnismäßig leicht zu erzielen, denn von vornherein bestand bei allen maßgebenden Kreisen der großkapitalistischen Wirtschaft Übereinstimmung darüber, daß die Aufwertung abzuwürgen sei. In der Außenpolitik sind die Vorstöße der Deutschnationalen nur Theaterdomer. Für einen anständigen deutsch-französischen Handelsvertrag verkaufen sie tausendmal alle nationalen Belange. Beim Finanzausgleich spielen aber die Gegensätze unter den Regierungsparteien viel schärfer aufeinander.

Die Industrie will unter allen Umständen eine gewalttätige Abschneidung der Einnahmen der Länder und vor allen Dingen der Gemeinden, auf die man es in erster Linie abgesehen hat. Western noch sind die Industriellen beim Reichszentralrat vorstellig geworden und haben von ihm ultimativ die bedingungslose Durchführung der bisherigen Anträge der Regierungsparteien verlangt. Den Gemeinden soll die Möglichkeit zu selbständiger Arbeit namentlich auf kulturellem und sozialem Gebiet genommen werden. Seitdem durch die Einführung des gleichen Wahlrechts auch die Arbeiterschaft einen stärkeren Einfluß in Großstädten und Industriegebieten gewonnen hat, pfeifen die Industriellen auf die früher so hoch gepriesene „Selbstverwaltung“. Länder und Gemeinden sollen in ihren Steuerüberweisungen geschmälert werden. Bei der Aufwertung hat man sie absichtlich einer Sonderbelastung unterworfen.

Das Recht auf Erhebung einer selbständigen Einkommensteuer soll beseitigt werden. Die Einführung einer Auskunfts-pflicht über Einnahmen und Ausgaben ist als Anfang einer selbständigen Reichsfinanzkontrolle über die Gemeinden gedacht. Die fanatischen Gegner der Erzbergerischen Steuerreform und des Weimarer Zentralismus überschlagen sich förmlich in Ueberspannung reichszentralisierter Forderungen.

In Konsequenz dieser Haltung müßten die Rechtsparteien zum Einheitsstaat kommen. Die Beschlüsse des Steuer-ausschusses sind deshalb auch im badischen und bayerischen Landtag nicht ganz mit Unrecht als Beginn einer Provinzialisierung der Länder bezeichnet worden. Jedenfalls bleibt von der berühmten „Staatshoheit“ nichts mehr übrig. Es ist klar, daß Bayern gegen solche Versuche, die beim Bestehen einer Linkregierung längst mit bewaffnetem Widerstand beantwortet wären, nicht mehr schweigen kann. Der bayerische Widerstand wird im Reichsrat wohl von fast allen Ländervertretern unterstützt werden. Man kann es als ausgeschlossen bezeichnen, daß der Finanzausgleich in seiner jetzigen Form die Zustimmung des Reichsrats findet. Der Konflikt zwischen der großkapitalistisch-schwerindustriellen „Wirtschaft“ und der hohen Länder-bureaucratie ist derartig scharf, daß er eher als jede andere der bisherigen Belastungsproben das Schicksal der Regierung Luther gefährden kann. Schon die nächsten Tage müssen zeigen, ob es der Industrie gelingt, auch hier ihren Willen durchzusetzen oder ob sie mit Rücksicht auf die parlamentarische Lage einem Kompromiß zustimmen muß.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Außenpolitische Debatte am Mittwoch.

Der Vorkonferenzrat des Reichstags hat den Arbeitsplan des Reichstags folgendermaßen festgesetzt: Am Donnerstag dritte Lesung des Anleiheabstufungsgesetzes, Angestelltenversicherung und Personalabbau; Freitag Bericht des Untersuchungsausschusses über die Kriegsschuld, Fortführung der Beratung über den Personalabbau, Gesetz über das Recht zum Tragen der Militär-uniform, Gesetz über den Schutz der Kinder bei Luftbarkeiten; Sonnabend und Montag bleiben für Ausschusssitzungen von einer Plenarsitzung frei; Dienstag Kriegsbeschädigtengesetz; von Mittwoch an außenpolitische Debatte. Danach sollen die Steuergesetze in Angriff genommen werden, doch ist der weitere Geschäftsplan noch ungewiß.

Der Kampf im Baugewerbe.

Ausbeutung der Arbeiterschaft und der Allgemeinheit.

Der Kampf im Baugewerbe nimmt immer schärfere Formen an. Die Unternehmer lehnen hartnäckig die Abschließung eines Reichsmanteltarifs ab, der die Fragen der Arbeitszeit, der Ferien usw. einbegreift, während gleichzeitig in den Unterverbänden die Unternehmer erklären, daß der Abschluß eines Manteltarifs nur zentral geregelt werden könne. Gewiß würden die Unternehmer bereit sein, einen zentralen Manteltarif abzuschließen, wenn er die neunstündige Arbeitszeit enthielte und die Verfräglichkeit als eine Frage der „Erziehung“ den Unternehmern überließe.

Zu diesem unüberbrückbaren Konflikt gesellt sich der Widerstreit in der Lohnfrage. Wie die Arbeiterschaft der übrigen Industrien sind die Bauarbeiter durch den Krieg und die Nachkriegsjahre mit ihren Löhnen um so mehr zurückgeblieben, als inzwischen eine ganz abnorme Teuerung eingetreten ist. Unter normalen Umständen trat vor dem Kriege alljährlich eine Erhöhung der Löhne von etwa zwei bis drei Pfennigen pro Stunde ein, die nicht bloß eine Abgeltung der Teuerung war, sondern zum guten Teil eine Hebung der Lebenshaltung, eine Steigerung der Kaufkraft nach sich zog.

Seit 1914 haben wir in Deutschland eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten von mindestens 50 Proz. zu verzeichnen. Die Mehrzahl der Arbeiterschaft hat mit ihren Löhnen noch nicht einmal diese Teuerung ausgleichen können, geschweige denn, daß es ihr möglich gewesen wäre, ihre Lebenshaltung zu steigern, wie das in anderen Ländern der Fall ist.

Die Unternehmer im Baugewerbe berufen sich bei der Ablehnung der Forderungen der Arbeiter auf den noch immer herrschenden Notstand in der Wohnungswirtschaft. Sie erklären, daß die Bewilligung der Forderungen der Bauarbeiter gleichbedeutend wäre mit einer außerordentlichen Verteuerung der Baukosten. Aber gerade die Bauunternehmer sind die allerlehten, die das Recht haben, gegen eine Verteuerung der Wohnungswirtschaft das Wort zu ergreifen. Ganz abgesehen davon, daß die sozialen Baubetriebe die Forderungen der Arbeiterschaft bezüglich der Arbeitszeit, der Ferien, der Verfräglichkeit usw. stets durchgeführt haben und trotzdem in den allermeisten Fällen bei öffentlichen Bewerbungen die Privatunternehmer unterbieten konnten, haben es die Bauunternehmer versäumt, auch nur die geringste Anstrengung in technischer und organisatorischer Beziehung zu machen, um ihre veralteten Betriebe zu modernisieren.

Von einigen großen Unternehmungen abgesehen, kann man sagen, daß im Grunde heute in Deutschland noch so gebaut wird wie im Mittelalter gebaut wurde. Soweit Modernisierungen im Bau vorgenommen wurden, wurden sie den Bauunternehmungen sozuzagen von außen her aufgezungen. Von einer rationalen Ausnutzung der Betriebsmittel und der Arbeitskräfte das ganze Jahr hindurch ist auch heute noch keine Rede. „Modernisiert“ haben sich unsere Bauunternehmer nur insoweit, als sie ein ganz raffiniertes System der Ausplünderung der Öffentlichkeit organisiert haben. Wir geben darüber nur einige Beispiele. So wurde bei der Vergebung des Neubaus zu einem Hochbehälter auf dem städtischen Gaswerk in der Danziger Straße am 30. August 1920 ein Protokoll ausgenommen, in dem es heißt:

„Es wird vereinbart: Die Beton- und Monierbau A.G. wird geschätzt und gibt mit 463 968 Mark den billigsten Preis ab, den Odorico um 2 Proz., W. u. F. um 5 Proz., D. u. S. um 8 Proz. schätzend überbieten.“

Die Firma, welche einen Auftrag erhält und die Arbeit ausführt, verpflichtet sich, aus dem zu erzielenden Unternehmerrgewinn an die hierdurch gebildete Interessengemeinschaft eine Submissionschadenversicherung von 4½ Proz. — vier-einhalb Prozent — der Abrechnungssumme, zur gleichen Verteilung unter die ausfallenden Firmen... zur Hälfte acht Wochen nach Arbeitsbeginn, Rest nach Abrechnung zu zahlen.

Protokollverletzungsbusse 20 Proz. des eigenen Angebotes... Monier verpflichtet sich, bei der nächsten Ausschreibung der Berliner städtischen Gaswerke, eventuell auch bei einem anderen Objekt, zugunsten der Firma Odorico zurückzutreten.“

Diese Verteuerung der Kosten und die Verteilung des Uebergewinns auf die Firmen, die den Auftrag nicht erhielten, ist nicht etwa ein Ausnahmefall, sondern bei Vergebung öffentlicher Arbeiten die Regel. Aber nicht nur bei öffentlichen Arbeiten, sondern auch bei Privatbauten, soweit es sich um größere Aufträge handelt, wird in der gleichen Weise verfahren. Wir könnten darüber eine ganze Reihe von Beispielen anführen.

Dem Eingemeinten würden wir damit freilich nichts ver-raten. Daher auch die große Wut der Bauunternehmer gegen die Sozialen Baubetriebe, die es nicht nur stets abgelehnt haben, sich an solchen Unternehmerrvereinigungen zu beteiligen, sondern die sogar vielfach die Preisringe der Unternehmer gesprengt und eine Herabsetzung der Baukosten durchgesetzt haben, obwohl sie, wie schon bemerkt, weit günstiger Arbeitsbedingungen gewöhnt.

Aber damit ist das System der künstlichen Verteuerung der Bauwirtschaft durch die Preistreiber der Unternehmer bei weitem nicht erschöpft. Dazu gehört noch die Inter-essengemeinschaft zwischen Bauunternehmern und Baustoffhändlern. Es werden zwischen den Verbänden der Bauunternehmer und der Baustofffabrikanten oder Baustoff-

Konferenz beim „Ketter“.

Vortrag bei Hindenburg über das Aufwertungs-gesetz.

Der „Ketter“ arbeitet schnell. Schon heute früh ist bei ihm eine Konferenz über das Aufwertungs-gesetz anberaumt. Nach den Weidungen der Mittagsblätter ist bestimmt damit zu rechnen, daß Hindenburg das Gesetz in Kraft treten lassen wird. So meldet die „B. Z.“ am Mittwoch:

„Die Beschlüsse des gestrigen Reichstags und Reichsrats haben die Notwendigkeit ergeben, den Reichspräsidenten schon heute vormittag mit der durch die gestrige Sitzung geschaffenen Situation zu be-fassen. Schon in früher Morgenstunde fand eine Besprechung bei dem Reichspräsidenten statt, die zurzeit noch nicht abgeschlossen ist. Wie der Reichspräsident sich schließlich entscheiden wird, läßt sich im Augenblick daher noch nicht sagen. Die Wahrscheinlichkeit spricht jedoch dafür, daß er dem Dringlichkeitsantrag der Mehrheitsparteien zustimmen wird.“

Die Enttäuschung für die naiven Gläubigen im Lande wird also schnell kommen. Sie wird dann nicht weniger bitter sein.

Bei Redaktions-schluss wird mitgeteilt:

In der Besprechung beim Reichspräsidenten über das Aufwertungs-gesetz wird im Laufe des Nachmittags die Entscheidung fallen. Augenblicklich ist der Reichspräsident noch mit der Prüfung der Frage befaßt; er wird den Reichskanzler und den Reichs-justizminister zum Vortrag empfangen und danach seine Ent-scheidung treffen.

Verfassungsrechtlich liegen die Dinge ganz klar: Der Reichspräsident kann dem Verlangen des Reichstagsdrittels Rechnung tragen und die Verkündung aussetzen, um eine Volksabstimmung herbeizuführen oder abzuwarten. Aber selbst wenn er den Wünschen und Hoffnungen der betrogenen Sparer folgend, einen solchen Entschluß, für den er sich freie Hand vorbehalten hat, in die Tat umsetzen wollte, bräuchte er dazu die Gegenzeichnung eines zuständigen Ministers, die ihm das Hindenburg-Kabinett verweigern wird. Er müßte also einen Wechsel im Rechts-kabinett vornehmen, um an das Volk appellieren zu können. Dazu wird er es kaum kommen lassen. Vielmehr wird „der Ketter“, der „Führer aus Deutschlands Not“, unter-zeichnen, was Luther ihm vorlegt. Und die Sparer haben das Nachsehen!

Die Abstimmung im Reichstag.

Die Zusammenstellung des Ergebnisses der Abstimmung über das Verlangen der Bäckischen nach Ausschlagung der Verkündung des Aufwertungs-gesetzes ergibt, daß außer den Bäckischen, den Sozialdemokraten und den Kommunisten, noch drei Abgeordnete für Ausschlagung gestimmt haben. Es sind dies der

Demokrat Brodau, der kürzlich neu in den Reichstag eingetretene Zentrumsabgeordnete Dr. Koch und der Deutschnationale Stei-niger.

Die Kampflage in Marokko.

„Vermehrung der französischen Truppen unerlässlich.“

Paris, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Ein vom französischen Hauptquartier in Fez ausgegebener Heeresbericht gibt eine Ueber-sicht über die militärischen Operationen der letzten 14 Tage. Er besagt zusammenfassend, daß die Taktik Abd el Krims die Franzosen unausgesetzt zu starken Ver-schiebungen ihrer Streitkräfte und Frontveränderungen zwingt und so die Ausnutzung lokaler Erfolge un-möglich macht. Nach dem einmütigen Urteil aller Militärfach-verständigen hängt der Erfolg ausschließlich von der Zahl und Stärke der verfügbaren Truppen ab. Ihre beträchtliche Vermehrung sei angesichts der Ausdehnung, die die feindliche Offensive angenommen hat, unerlässlich.

Paris, 16. Juli. (RTS.) In Fez wird ein Armeekorps aus Frankreich erwartet.

Die Bahnlinie nach Fez unterbrochen.

Madrid, den 16. Juli. (TL.) In Madrid wird amtlich bestätigt, daß die Rifabeyen Bab el Tazza, einen strategisch wichtigen Vorort von Tazza eingenommen haben und damit die Bahnlinie nach Fez beherrschen.

England läßt Frankreich und Spanien allein.

Paris, den 16. Juli. (TL.) Chamberlain gab im Unterhaus eine Erklärung über die marokkanische Frage und über das französisch-spanische Angebot an England ab. Er wies darauf hin, daß die Regierung nicht die Absicht habe, an irgend einer Blockademahnahme teilzunehmen. Ebenso sei die Regierung gegen die Abwendung von Truppen nach Tan-ger, weil sie glaube, daß anstatt einer Beschützung der Stadt Tanger eher eine Bedrohung eintreten könne, weil sie unter Umständen von den Rifabeyen als Provokation aufgefaßt würde.

Freiwillige an die Front.

Paris, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Eine Anzahl ame-rikanischer Fliegeroffiziere, die während des Welt-krieges in Frankreich gedient haben, boten dem Kriegsminister ihren freiwilligen Eintritt in das marokkanische Flugzeuggeschwader an. Painlevé hat seine Zustimmung zu ihrer Einstellung gegeben. Das Kriegsministerium hat am Mittwoch beschloffen, frei-willige Mannschaften und Offiziere für die Marokko-front anzunehmen.

Händler Verträge abgeschlossen, wonach einerseits die Bauunternehmer sich verpflichten, nur von Baustofffirmen, die der entsprechenden Organisation angeschlossen sind, ihre Materialien zu beziehen, während die Baustofffirmen bei Lieferungen an andere Bauherren einen Aufschlag nehmen müssen, wonach die Bauunternehmer einen gewissen Prozentsatz erhalten.

Die Form der Ausplünderung der Deffentlichkeit ist natürlich nicht überall die gleiche. Bei den Ziegeleien wird es gewöhnlich so gehandhabt, daß die einzelnen Firmen einen gewissen Prozentsatz des festgesetzten Mindestpreises an die Verbandskasse abliefern müssen, welche ihrerseits einen großen Teil dieser Summen an die Bauunternehmer verteilt. In der Deffentlichkeit erklären die Bauunternehmer dann, daß sie unmöglich ohne Verteuerung der Baukosten den Achtstundentag einhalten oder den Arbeitern auskömmliche Löhne zahlen können.

Ueber die Zuschläge auf die Löhne, die die Bauunternehmer zum Beispiel in Berlin nehmen, unterrichtet die „Bauwelt“. Danach sind ab 1. Juli 1925 folgende Tarifforderungen und Abrechnungssätze für Groß-Berlin, Nowawes, Spandau, Potsdam, Weiten, Oranienburg und Königswusterhausen gültig: Maurer Stundenlohn 1,15 M., Abrechnungssatz (d. h. der Lohn, den der Bauauftraggeber zu zahlen hat) 1,77 M.; Zimmerer 1,15 bzw. 1,79 M.; Zementarbeiter 1 bzw. 1,53 M.; Bauhilfsarbeiter 90 Pf. bzw. 1,38 M.; Puffer 1,47 bzw. 2,25 M.; Tiefbauarbeiter 72 Pf. bzw. 1,10 M.; Rabißspanner 1,34 bzw. 2,21 M.; Stuckateure 1,48 bzw. 2,44 M.; Tapezierer 1 bzw. 2 M.; Glaser 1,25 bzw. 2,50 M.; Rohrleger 1,20 bzw. 2,40 M.; Bautischler 95 Pf. bzw. 2,10 M.; Töpfer 1,40 bzw. 3,22 M.; Monteure 1,10 bzw. 2,30 M. Die Zuschläge betragen teilweise über 100 Proz. des wirklich gezahlten Lohnes. Die Bauhütte Berlin dagegen nimmt durchschnittlich nur einen Zuschlag von 40—50 Proz., womit sie sehr wohl auskommt.

Ueber die ganz eigenartige Geistesverfassung der Unternehmer des Baugewerbes unterrichtet gleichfalls die „Bauwelt“. In einer Polemik gegen die „Soziale Bauwirtschaft“, das Organ des Verbandes der Sozialen Baubetriebe, schreibt in Nr. 12 vom 9. März 1925 der „Bauwelt“ Herr Joh. Klapper, erster Vorsitzender des Vereins der Baustoffhändler von Berlin und der Provinz Brandenburg, unter anderem:

„Der Sozialen Bauwirtschaft“ ist natürlich nicht bekannt, daß dadurch, daß heute drei- bis viermal soviele Baugeschäfte und Händler bestehen als vor dem Kriege, gegenüber einer Bauzünftigkeit, die die Friedensbautätigkeit bei weitem nicht erreicht, sich auf dem Baustoffmarkt Verhältnisse herausgebildet haben, die nur den Zusammenbruch einer großen Anzahl Firmen und damit eine Zerrüttung des Marktes im Verfolg haben können, wenn keine Verständigung erfolgt.“

Damit wird ausdrücklich zugegeben, daß die Baugeschäfte und Baustoffhändler sich erstens gegenüber der Vorkriegszeit verdrei- und vervierfacht haben, zweitens von den geringeren Bauaufträgen alle zusammen sehr auskömmlich leben wollen und dies nur durch eine „Verständigung“ erreichen können. So der Vorsitzende des Vereins der Baustoffhändler von Berlin, der es ja wissen muß.

Kommen aber die Arbeiter und verlangen für eine Arbeitsleistung, die heute die Arbeitsleistung vor dem Kriege überschreitet, einen Lohn, der dem Vorkriegslohn entspricht, dann schreiben die Unternehmer über Verteuerung der Bauwirtschaft und erklären, daß sie „im Interesse der Deffentlichkeit“ lieber ihre Betriebe stilllegen als die paar Pfennige bewilligen. Der Kampf im Baugewerbe ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein Ausfluß des rückständigen Rechtswunders der Unternehmer.

Die Saarpresse wendet sich in einer begründeten Eingabe an den Völkerrundrat mit der Bitte, die Saarregierung zu veranlassen, in Zukunft einseitige Zwangsmassnahmen gegen die Presse zu unterlassen.

Krach in der Fraktion Mampfe.

„Vor entscheidenden Ereignissen.“

Im Sprachrohr der deutschnationalen Frondeure wird heute auf eine bevorstehende Spaltung der Deutschnationalen hingedeutet, die angeblich von Stresemann angeführt und jetzt herbeigeführt worden sei. Stresemann hat, so wird dort von einem angeblich früheren Parlamentarier ausgeführt, schon vor den Dezemberwahlen erklärt, daß er es als die wichtigste Aufgabe ansehe, die Deutschnationalen von ihrem intransigenten Flügel zu befreien. Im Anschluß an diese Erinnerung fährt der Artikel elegischen Tones fort:

Jetzt glaubt er diesen Plan ausführen zu können. Leider wird er dabei voraussichtlich in deren eigenen Reihen starke Unterstützung finden. Wir stehen unter diesem Gesichtspunkt vor ganz entscheidenden Ereignissen. Jedermann weiß, daß die deutschnationale Wählerschaft auf das tiefste verstimmt ist, seit die Partei in die Regierung eingetreten ist. Eine Enttäuschung ist auf die andere gefolgt, und wenn jetzt die Partei in der Sicherheitsfrage ebenso versagt, wie am 29. August v. J. in der Dawes-Frage, so werden die alldeutschen, völkischen und wahrhaft nationalen Kreise sich endgültig von ihr abwenden. Ob sie sich dann den Nationalsozialisten zuwenden oder überhaupt an der Politik verzweifeln, kann noch nicht übersehen werden. Aber das eine ist klar, sie werden nicht bei der Deutschnationalen Partei bleiben, wenn diese sich von der Gruppe Freitagsh-Coringhoven trennt. Denn diese Gruppe ist es ja, gegen die der Kampf geführt wird und der allein noch das Vertrauen der Völkischen in der Partei gehört. . . .

Der Vollständigkeit halber werden gleich die Namen der Gruppe Freitagsh-Coringhoven mitgeteilt. Es gehören dazu u. a. Dr. Obersjöhren, Quag, Lohmann, Graf, v. Goldacker, Stubbendorff, v. Dewitz, Vogemann, Wormit, Wolf, Giese, Martin, Schneider-Thüringen, Dr. Everling, Haedenkamp, Breitelbaum, Kengel, Philipp, Jandry, Schulze-Franfurt, Graf Schulenburg, Graf Eulenburg und Korvettenkapitän Treviranus. Von all diesen Männern behauptet die „Deutsche Zeitung“, daß sie in Fronde gegen die Parteileitung und vor allem gegen Stresemann als Außenminister stehen. Auf sie wird jetzt gebaut, daß sie nicht nachgeben werden:

Wir rechnen auch darauf, daß sie einen zweiten 29. August nicht dulden werden. Aber andererseits fragen wir, was denn die Deutschnationale Partei noch in den Augen der vaterlandsliebenden Deutschen bedeuten kann, wenn diese Männer freiwillig oder gezwungen aus ihr ausgeschieden sind? Graf Westarp, dessen treueste Freunde es gerade sind, die hinausgehen, könnte und würde nicht bleiben, und eine Partei, die wieder der hochintelligente, aber ewig schwankende Hergt führt, in der der Vater des 29. August Ego. Wallraf, maßgebend ist, in der Prof. Hoehsch die Außenpolitik macht — kann die sich noch deutschnational im wahren Sinne nennen?

Für jeden Alldeutschen, für jeden Völkischen, für jeden wahrhaft nationalen Mann wäre sie erledigt!

Die „Einigkeit“ im Kabinett und unter den Regierungsparteien, von der amtlich und offiziös dauernd geredet wird, steht danach sehr merkwürdig aus: Statt daß Stresemann fliegt, sollen die Freitagsh fliegen. „Wahrhaft Nationale“ wissen wirklich nicht mehr, wo sie einen Nationalen finden sollen.

Reform des Strafvollzugs!

Zustizdebatte im Hauptausschuß des Landtags.

Der hauptausschuß des Landtages setzte am Dienstag und Mittwoch die Beratungen über den Justizhaushalt fort. Genosse Heilmann unterstrich noch einmal, was Genosse Kuttner im Ausschuß an die Ergebnisse des Hölle-Ausschusses in seiner Kritik über die Justiz gesagt hatte. Er brachte zur Illustration der Rechts-

Einstellung der Richter und Staatsanwälte eine Reihe neuer Einzelfälle vor und wies die Unterstellung des deutschnationalen Abg. Doeberg, als hätten die Sozialdemokraten mit ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz seinerzeit den Ermüngerischen Justiz-„Reformen“ den Weg gebahnt, entschieden jurid. Nicht was Ermünger verbrochen, sondern was Rabbruch vorgefallen habe, sei auf das Konto der Sozialdemokratie zu setzen; leider seien die von Rabbruch vorbereiteten Reformen später wesentlich verschlechtert worden.

Genosse Brückner erinnerte an die Klage des Fürsten von Solm-Horstmar gegen einen Landwirt, in der von dem Fürsten immer nur als von dem „Herrn Kläger“, bei dem einfachen Adersmann dagegen lediglich von dem „Besoggen“ gesprochen wird. In Deutch-Krone hat ein Postbote sich die Freiheit geleistet, gegenüber einem Besteller der Reichsbannerzeitung das Blatt als „Judenblatt“ und den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert als „Mas“ zu bezeichnen. Der Staatsanwalt schritt nicht ein und trotz der Beschwerde hat auch der Generalstaatsanwalt ein Vorgehen nicht für notwendig erachtet. Wenn Reichsbannerleute vorprügelt und die Reichsbannerfarben, d. h. die Farben der Republik, beschimpft werden, dann liegt nach der Auffassung der Staatsanwälte kein öffentliches Interesse vor.

Genosse Behrmann-Harburg wies in seiner Kritik des Strafvollzugs darauf hin, daß viele Mißstände darauf zurückzuführen sind, daß die Strafanstalten sich in total veralteten Baulichkeiten befinden. Es müsse deshalb allmählich an einen Umbau der Anstalten gedacht werden. Freilich noch wichtiger als die äußerliche Modernisierung sei die innere Modernisierung des Strafvollzugs. Da und dort zeigten sich ja Ansätze der Besserung, aber eine Schwalbe mache noch keinen Sommer. Notwendig sei der Ausbau der Bibliotheken; die Beschäftigung der Gefangenen dürfe nicht zum Lohnbruch gegen die freien Arbeiter ausarten und dringend notwendig sei eine bessere Entlohnung der Anstaltsbeamten, die ein gefahr- und verantwortungsvolles Amt haben.

Zur Anbahnung der von den sozialdemokratischen Rednern geforderten Reform hat die Fraktion eine Reihe von Anträgen zum Justizhaushalt vorgelegt. Sie fordert ausführliche Bestimmungen zur Ermittlung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Angeklagten, damit bei der Bemessung der Geldstrafen ein wirklich gerechtes Strafmaß erreicht wird. Die Verfügung über den Briefverkehr der Gefangenen muß wenigstens soweit geändert werden, daß nicht die Briefe der Gefangenen an einzelne Fraktionen oder einzelne Abgeordnete auf das Briefkontingent angerechnet werden. Dringend notwendig wäre rasche Vorlegung einer Koelle der Strafprozeßordnung zur Neuregelung der Voraussetzungen für die vorläufige Festnahme, die Verhängung und Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft in einer Weise, die die staatsbürgerliche Freiheit und die unter dem Schutz der Verfassung stehende Gesundheit der Staatsbürger sichert; jedem Untersuchungsgefangenen ist das Recht zur Herbeiführung einer mündlichen Verhandlung über die Rechtmäßigkeit der Untersuchungshaft zu geben und von Amts wegen ein Verteidiger zu bestellen. Zur Modernisierung der Anstaltsbauten werden spätestens für 1926 zu den einmaligen Ausgaben 200 000 M. für die Verkleinerung der großen Arbeitszelle, 200 000 M. für den Einbau mechanischer Antriebseinrichtungen und 400 000 M. für den Neubau einer großen auf der Grundlage des Strafvollzugs in Stufen eingerichteten Strafanstalt gefordert. Schließlich verlangt die Fraktion Aufhebung der Bestimmung über die Schwurgerichte in der Verordnung des Reichs vom 4. Januar 1924, eingehende Nachweise über die Zahl der 1925 anhängigen Bundesverratsverfahren und der politischen Gefangenen sowie Abschaffung der Todesstrafe in dem beim Reich in Vorbereitung befindlichen Strafgesetzbuch.

Der englische Handelsvertrag.

Die Wirkung der Verzögerung seiner Ratifikation.

London, 16. Juli. (N.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, die Ratifikation des deutsch-englischen Handelsvertrages scheine in Berlin verzögert zu werden. Auf alle Fälle sind alle Vorteile, die England aus dem Handelsvertrag erwachsen könnten, in Gefahr. Es sollten deshalb keine weiteren Anleihen und Kredite von britischen Banken an Deutschland gewährt werden, solange nicht die Lage geklärt und befriedigende Bedingungen für die britischen Exporteure erlangt worden sei.

Englisches Flottenbauprogramm. Dem britischen Kabinett legte die Admiralität einen neuen Marinebauplan vor. Sie fordert den Neubau von zehn Kreuzern von 10 000 Tonnen in diesem Jahr und von je sechs Kreuzern in den fünf nächsten Jahren.

Darwin auf der Anklagebank.

Die Bibel in Amerika.

Von Bernard Shaw.

Zu dem Vortrage in Tenessee veröffentlicht der „New Yorker“ einen Auszug des englischen Schriftstellers, dessen Reminiscenzen wir unsern Lesern nicht vorenthalten zu können glauben.

Es kommt nicht oft vor, daß ein einzelner Staat einen ganzen Kontinent lächerlich macht oder ein einzelner Mensch Europa zu der Frage veranlaßt, ob Amerika überhaupt ein Kulturland ist. Aber Tenessee und Bryan haben beides zuzugebracht. Herr Bryan und die Befehlsgeber von Tenessee glauben an keine Art Entwicklung. Sie glauben, daß Gott sie ein- für allemal erfunden und in den Garten von Eden gesetzt hat, und daß er auf sein Werk sah und es war gut. Und sie verordneten, daß den Schülern von Tenessee beigebracht wird, in eine unveränderliche und unverbesserliche Zukunft zu blicken — unveränderlich und unverbesserlich, weil perfekte Bryans und Butlers diesen glücklichen Staat bis zum Tage des Berichtes leiten und regieren. Sie haben fürchterliche Strafen für jeden Lehrer ausgedacht, der der Jugend erzählen will, daß Herr Bryan besser als seine Vorfahren sei oder einen Fortschritt über die Klapperfischlungen hinaus bedeute. Gott schuf ein wohl assortiertes Lager von Geschöpfen und darunter ein paar Klapperfischlungen und ein paar Bryans und vertief ihnen eine starke gegenseitige Abneigung; die Schlange bekam einen Giftbehälter, um die Bryans umzubringen, und eine Klapper, um sie vor ihrer Nähe zu warnen; und der Mensch Bryan erhielt einen Stachel und eine Hand, um die Schlange zu töten, und eine mächtige Stimme und eine Unmasse Worte, um die Schlange zu warnen, wenn er in ihre Nähe käme.

Für solche tolen Maßnahmen stützen sich Herr Bryan und die Befehlsgeber von Tenessee auf die Autorität der Bibel. Europa guckt halb ungläubig, doch mit einem angenehmen Gefühl der Überlegenheit zu und fragt sich, wann diese amerikanischen Barbaren anfangen werden, ihre Löhner, wie Velta, oder ihre Söhne, wie Abraham, umzubringen, alles auf die gleiche Autorität hin. Immerhin wäre das noch poetischer als die Hergehoerennungen, die eine Zeilung sogar einmal in Europa verbreitet waren, weil die Bibel an einer Stelle sagt, daß wir eine Here nicht am Leben lassen dürfen. Dabei ist es gar nicht notwendig, die umfangreichen Geschichtsbücher Leviticus und Deuteronomium durchzusehen oder an die Vorschriften zu denken, daß wir uns lieber ein Glied abhacken als eine Sünde tun lassen sollen, um jedermann klar zu machen, daß ein moderner Staat ebensowenig in Amerika wie in Europa existieren könnte, wenn er die Bibel an Stelle seiner Geschichtsbücher einführen wollte.

Das schlimmste an der Bibel in Amerika ist, daß jedermann glaubt, er wisse, was in ihr steht, obwohl sie keiner liest. Wer sie in Europa nicht sorgfältig liest, legt ihr keine Wichtigkeit bei und beansprucht keine Autorität für sie. Wer ihr aber Bedeutung beilegt, der weiß, was sie in Wirklichkeit sagt. Aber für die Herren Bryan und Butler ist sie ein von einem einzigen Allwissenden und unfehlbaren Verfasser geschriebenes Buch, der uns eine ganz klare Geschichte erzählt hat, in der es keine Widersprüche, keine Wiederholungen, keine Zweideutigkeiten und in der es nur einen Gott gibt, der nämlich gleichzeitig der Verfasser ist.

Für den aber, der die Bibel gründlich gelesen hat, ist sie kein Buch, sondern eine ganze Literatur, die von einer Reihe von Verfassern geschrieben wurde, die verschiedene religiöse Bekenntnisse hatten, verschiedene Völker verehrten, verschiedene Entwicklungsstufen der Kultur darstellten, miteinander hoffnungslos unvereinbare Biographien der gleichen Personen und Geschichten der gleichen Ereignisse schrieben, die gegenseitig ihre Kultusriten als abgöttische Mißbräuche in den Augen Gottes verdammt und sich einander über die Eigenschaften des göttlichen Wesens in den Haaren liegen und gelegentlich von christlichen Empfindungen zu berart rache-dürftenden Forderungen umschlagen, daß beliebige Prediger in London sich weigern, sie vorzulesen oder sie in ihren Kirchen vorlesen zu lassen, und Bischöfe von den frommsten Schafen ihrer Herden aufgefordert werden, sie aus dem Prayer-Book zu streichen.

Von alledem hat Herr Bryan nicht die geringste Ahnung. Er hält an dem eingebildeten Buch der Bücher fest, vor dem er auf den Knien seiner Mutter saß und eine einzige Erzählung von einem eingebildeten einzigen Christus kennen lernte, den er nennt: „Den Christus der Bibel“, wobei er hinzufügt: „Man mag ihn annehmen oder ablehnen; an seinem Charakter können sie nicht deuteln.“

Du heilige Einsicht!
Wenn ich Herrn Bryan von seinem Parteiblatt weg zu einem Blick in die wirkliche Bibel bringen könnte, so würde er zu seiner Verblüffung entdecken, daß sie vier verschiedene Lebensgeschichten Christi von vier verschiedenen Verfassern enthält und daß diese sich sowohl in bezug auf Christi Laufbahn wie in bezug auf seinen Charakter mehr unterscheiden als beliebige vier Biographien von George Washington. Zum Beispiel nimmt Herr Bryan den Glauben an die jungfräuliche Geburt als ein Zeugnis für die Glaubwürdigkeit gegenüber seiner eingebildeten Bibel, was er Fundamentalismus nennt. Hierbei meint er, daß Christus nicht als der Sohn des Gatten seiner Mutter, sondern einer göttlichen Persönlichkeit mit Caesar Augustus und Alexander dem Großen in eine Reihe gestellt werden muß. Ich schaue in der Bibel nach, um diese Behauptung zu prüfen. Aber was finde ich? Von den vier Biographien behaupten nur zwei, daß Christus vom heiligen Geist erzeugt wurde. Die beiden anderen erwähnen diesen außerordentlichen Umstand überhaupt nicht; und keiner von den vier stellt Christus als einen Menschen dar, der der Meinung war, daß etwas Besonderes mit seiner Entstehung los sei.

Aber die beiden Biographen, die die Vaterschaft des heiligen Geistes behaupten, behaupten auch die Abstammung Jesus' vom König David. Jeder gibt einen vollständigen Stammbaum, der diese Abstammung durch David von Abraham herleitet. Aber statt den Stammbaum mit Maria enden zu lassen, lassen sie ihn mit Joseph enden! Als Fundamentalist muß Herr Bryan daher glauben, daß Jesus der Sohn des heiligen Geistes und auch der Sohn von Joseph ist. Damit aber ist er auf die übermoderne Ansicht festgelegt, daß Joseph das Werkzeug des heiligen Geistes war. Für den modernen Theoretiker der schöpferischen Entwicklung, der glaubt, daß alle Väter Werkzeuge des heiligen Geistes und alle Empfänger unbedeutend sind, bietet eine solche Schwärzlerung keine Schwierigkeit; aber der Begriff jungfräuliche Geburt ist darauf, weiß Gott, nicht anwendbar. Ich muß auf die weitere Schwierigkeit, daß die beiden Stammbäume sowohl in bezug auf die Namen als auf die Zahl der Geschlechter keineswegs gleich sind, weiter kein Gepräch legen, da ja

Herr Bryan einwenden kann, daß die Menschen die gleichen sein können, auch wenn ihre Namen verschieden sind, und daß bloße Auslassungen aus der Geschlechterliste noch keine Widersprüche sind. Aber die Schullehrer von Tenessee wissen, daß man Kindern nur mit Tatsachen kommen kann und Kinder nicht die Phantasie haben, die Herrn Bryan über alle Widersprüche der profanischen Wirklichkeit hinwegträgt. Sie werden ganz genau wissen wollen, wie es mit diesem oder jenem Punkte steht, über den Rathäus und Lucas anderer Meinung sind als Marcus und Johannes.

„Was für eine Geschichte sollen wir den Kindern über Jesus' Geburt erzählen“, werden sie fragen. „Sie werden einfach die biblische Geschichte erzählen oder ihre Stelle verlieren“, wird der ehrenwerte John Washington Butler antworten. „Aber einschuldigen Sie, Herr Butler, werden die Lehrer sagen, „es gibt zwei biblische Erzählungen. Sollen wir lehren, daß Jesus in dem Hause seines Vaters geboren wurde, wo er von Weisen besucht wurde, die ihm fürstliche Gaben brachten und von einem Sterne zu ihm geführt wurden, oder daß er in dem Stall eines Wirtshauses auf der Reise von seiner fernen Heimat in Nazareth geboren und von Schafhirten besucht wurde, die ein Engel führte?“ „Sie werden den Kindern beibringen“, wird Herr Butler antworten, „daß, wenn die Bibel sagt, daß Jesus in seinem Elternhause geboren wurde, er zu Hause geboren wurde, weil die Bibel nicht irren kann, und daß, wenn die Bibel sagt, daß er auf einer Reise in einem Stalle geboren wurde, er auf einer Reise in einem Stalle geboren wurde, und dies aus dem gleichen unbefrätlichen Grunde; so machen Sie, doch Sie mit Ihrer Arbeit vorwärts kommen und lassen Sie mich mit Ihren gottlosen Blasphemien in Ruhe.“

Da Amerika nun einmal gegen die römisch-katholische Kirche entschieden hat, die Bibel jedermann lesen zu lassen, so ist es bei der allgemeinen Abneigung gegen ernsthaftes Lesen nicht der wirklichen Bibel, sondern der Bibel der Vorstellung des Herrn Bryan ausgeliefert. Und da nun Herr Bryan übereit genug gewesen ist, die Befehlsgebungsmaschine über diesen Gegenstand in Bewegung zu setzen, so wird man ihn auffordern müssen, seine Bibel in Paragraphen zu fassen. Und was er damit anrichten wird, kann man sich denken, wenn man sich daran erinnert, was es für eine Wirkung auf den durchschnittlichen Schuljungen hat, wenn er eines Tages entdeckt, daß man ihn über die Bibel in die Irre geführt hat. Dann wird das Kind mit dem Bode ausgeschüttelt, die Barrer zu einer Bande von Schwärzler, die Bibel zu einem Haufen Lügen und wie die Hölle, die Sintflut und der Rastisch, der Sonas verschluckte, Gott und die Religion zu tödlichen Erfindungen erklärt.

Haus-Thomas-Museum in Frankfurt a. M. In Frankfurt a. M. wird in nächster Zeit ein Museum eröffnet, das dem Andenken Hans Thomas gewidmet ist. Es soll inbesonere nicht nur der Ausstellung seiner Werke dienen, sondern auch eine Anzahl von Briefen und Photographien des Meisters zeigen.

Die Volksschulen der Winderheiden in Romm. Am Schuljahr 1924/25 waren in Romm 50 Volksschulen tätig, und zwar: 24 staatliche, 11 politische, 10 jüdische, 5 deutsche (mit 461 Schülern) und 2 russische.

Ein „weltspannende“ Indusfilm ist die Filmindustrie; denn es werden denutzunge jährlich insgesamt 240 000 Rollenmeter Filme gebrannt, so daß man also das ganze Weltallband (schonmal um unsere lächerlich kleine Erde herumlegen könnte. Somit das prunkvolle Eigenschaftswort „weltspannend“ ja wohl anstreichend gerechtfertigt.

Automobil-Schutzölle.

Erpressungsmethoden gegen Außenleiter.

Am Zollpolitischen Ausschuss gab es heute vormittag eine kleine Sensation und mit lautem „Hör, Hör!“, großer Bewegung wurde eine Festsitzung des demotraitischen Abgeordneten Lemmer gegenüber Herrn von Raumer aufgenommen, die beweist mit welcher Rücksichtslosigkeit die Großindustrie ihr Profitinteresse verfolgt, ohne dabei in geringsten im Zollauschuss die Kommunisten oder nationalen Gründen beeinflussen zu lassen. Herr Lemmer hatte Herrn Raumer darauf aufmerksam gemacht, daß in einer Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Elektroindustrie in einem von ihm (Raumer) verfaßten Kussah ungefähr das Gegenteil von dem behauptet worden war, mit dem sich Herr Raumer im Zollpolitischen Ausschuss für die Notwendigkeit von Zöllen auf Automobile usw. einsetzte. Herr Raumer gab das glatt zu und machte dann einige in seiner Art begründete ausfällige Bemerkungen, die Lemmer veranlaßten, nachzuweisen, daß der Reichsverband der deutschen Elektroindustrie der bekannten großen Firma Bosch in Stuttgart gedroht hatte, daß, wenn sie ihre Agitation gegen den Zolltarif nicht einstellte, ihr die Aufträge entzogen würden. Eine Antwort auf diese ungeheuerliche Erpressungsmethode mußte weder Herr Raumer noch ein anderer Vertreter aus der Industrie zu geben.

Noch eine andere, nicht weniger interessante Feststellung, die ganz in den Rahmen der Erfahrungen paßt, die wir mit der kommunistischen Partei allenthalben machen konnten. Genau so wie bei den preußischen Regierungsräten und der Wahl-Hindenburg treten neuerdings im Zollauschuss die Kommunisten als mehr oder weniger freiwilliger Unterstüßungsstrupp der Regierung und der Regierungsparteien auf. Sie erscheinen nur noch sporadisch. Heute morgen war lange kein Kommunist an seinem Platz. Dazu hatten sie sich die Methode der Regierungsparteien zugelegt, d. h. sie schwingen sich völlig aus und überlassen es den Sozialdemokraten, den Kampf allein zu führen. Den Regierungsparteien ist diese Hilfe nicht unangenehm. Der Dank wird nicht ausbleiben.

Gestern mittag war der Ausschuss bereits in die Beratung der Positionen Motorfahrzeuge, Eisenbahnfahrzeuge usw. eingetreten. Bei Automobilen sieht die Regierung degressive Zölle vor. Sie sollen im Laufe einer gewissen Zeit abgebaut werden. Daß die Zölle auf Automobile nur eine

Prämien für technische Unvollkommenheit der Betriebe

und wirtschaftliche Rückständigkeit der Unternehmer darstellten, wurde von unseren Rednern treffend bemerkt. Der Genosse Dymann hatte gestern schon festgestellt, daß in diesen Fällen jede Vorauszahlung zu einer Produktionssteigerung führt. Aus 76 Betrieben hat der Metallarbeiterverband den Nachweis erbracht, daß sie sich technisch nicht auf der Höhe befinden. In 49 Betrieben erfolgt die Produktion nicht nach modernen Grundrissen. Ueber Mängel in der technischen Ausgestaltung berichten 67 Betriebe. Wie unter den Umständen eine günstige Entwicklung möglich sein soll, bleibt das Geheimnis der Industriellen und des Wirtschaftsministeriums. Die Rückständigkeit erreicht ihren Höhepunkt in der hartnäckigen Weigerung, mit der sich die Automobilindustrie gegen die Normung sperren. Die Unternehmer kochten und wissen sich nicht genug gegen die ihrer Ansicht nach produktionshemmende Einrichtung der Betriebsräte zu sperren. Dabei konnte Genosse Fleißner nachweisen, daß bereits im Jahre 1922 die Betriebsräte in der Automobilindustrie ganz konkrete Vorschläge für eine Normalisierung und Typisierung in der Automobilindustrie unterbreitet hatten, dieser Vorstoß aber scheiterte daran, daß sich die maßgebenden industriellen Führer mit wenigen Ausnahmen nicht aus den alten Bekandengängen zu lösen vermochten. Sie hielten es für klüger, fast ihre Betriebe auszubauen, auf die Inflation zu spekulieren. Wenn es jetzt zu spät ist, um den Anschluß zu finden, so trage nichts anderes als die Schwerfälligkeit der deutschen Industrie die Schuld. Herr von Raumer konnte sich ebenfalls nicht gegen gewisse Bedenken gerade bei diesen Zöllen sperren. Er sprach von vorübergehenden Schutzmaßnahmen, Erziehungsnotwendigkeiten usw. Es war aber für den Genossen Brechtel nicht schwer, nachzuweisen, daß diese Erziehungsmaßnahmen höchst wahrscheinlich das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielen werden. Es ist notwendig, die Schuldfrage nachzuprüfen, woher die Unrentabilität der deutschen Automobilindustrie kommt, sonst zahlen wir eine Prämie auf die technische und wirtschaftliche Rückständigkeit, und auch degressive Zölle beseitigen nicht die Gefahr, daß sich hinter dieser Zollmauer die Trägheit konserviert. Der demotraitische Industrielle Dr. Klante glaubte, für die ungenügende Entwicklung die Verhältnisse und die Streiks, passives Resistenz und sonstige Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Depressionszeit verantwortlich machen zu können. Ihn beantwortete Hilferding, daß es natürlich nicht möglich sei, überall Parallelen zu Amerika zu ziehen. Aber genau so wenig könne es angehen, immer wieder in das Gegenteil zu verfallen. Der deutsche innere Markt sei ausnahmefähig, wenn die deutschen Industriellen wie ihre amerikanischen Kollegen verfahren würden eine ihnen selbst wieder nützliche Wirtschafts- und Lohnpolitik zu betreiben. Der amerikanische Unternehmer baue nicht, wie es in Deutschland geschieht, die Löhne ab, sondern verleihe die Arbeitszeit. Daß das amerikanische Beispiel wenigstens teilweise befruchtend gewirkt habe, beweise die Produktionssteigerung bei Opel, wobei bemerkt werden sei, daß auch das deutsche Serienprodukt noch wesentlich billiger verkauft werden könne wenn die Einfuhrverbote, die heute wie ein Prämiensystem wirken, beseitigt seien. Der Ausschuss nahm die letzten Gruppen Waffen, Uhren usw. in Angriff, dabei wiederholte sich die von früheren Gelegenheiten her gewohnte automatische Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge.

Reformpläne der belgischen Regierung.

Aktive Sozialpolitik.

Brüssel, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Senat kündigte Arbeitsminister Wauters bei der Beratung des Haushalts des Arbeitsministeriums verschiedene Reformpläne der jetzigen Regierung an, darunter die Einführung der Grubeninspektion, eine Gewerbegerichtsreform, eine Lebensversicherungskontrolle, eine Arbeitslosenfallkontrolle, Staatszuschüsse für die Krankenkassen und 21 Millionen für Arbeitslosenunterstützung die zwar nicht im Streitfall, aber dann zu zahlen ist, wenn der Unternehmer den Schiedspruch verwirft. Die Liberalen und einige Katholiken kritisierten die bedingungslose Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, für die jedoch eine ausreichende Mehrheit vorhanden ist.

Belgischer Appell an Amerika.

Brüssel, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der belgischen Kammer richtete der frühere Außenminister Hymans am Mittwoch unter lebhafter Unterstützung des jetzigen Außenministers, Genossen Vandervelde, einen warmen Appell an die Vereinigten Staaten um Gerechtigkeit und Billigkeit gegenüber den belgischen Kriegsschulden. Er schilderte die dramatischen Vorgänge in Versailles, die feinerzeit schließlich zum Erfolg der belgischen Kriegsschulden führten. Obwohl Amerika hinterher den Vertrag von Versailles nicht ratifiziert habe, so könne es doch die Unterzeichnung des Wilsons nicht ohne Verlust moralischen Ansehens verleugnen. Das ist die Auffassung, die die belgische Schuldenskommission auf der bevorstehenden Konferenz in Washington vertreten wird.

Eine in Norwegen drohende Regierungskrise wegen der zehnprozentigen Erhöhung der Staatssteuer wurde dank einer Abstimmung im Storting vermieden, da die Regierung mit 77 gegen 73 Stimmen die Mehrheit behielt.

Hitze-Anfang.

Noch benimmt sich der Asphalt einständig, schwarzpoliert von den Rädern der Autos fliegt er harmlos da, noch zeigt er keine Spur von Erweichung und Brüchigkeit, noch hat er sich nicht auf seine Fähigkeit besonnen, zu riechen. Auch die Männer wollen die Hitze ignorieren. Trotzdem der Schweiß rinnt, tragen sie Hüte und nur ganz Unentwegte fächeln ihr wallendes Haar der Sonne aus, einige ältere Herren allerdings haben den Hut bereits an das Jackett geknüpft, doch das tut man erst, wenn man zum mindesten Rechnungsrat ist. Und die Damen tragen tatsächlich noch keine Pelztragen.

Man nimmt die neue Hitzeperiode augenblicklich nicht ernst, man traut ihr nicht, sie bleib zu lange aus und dann setze sie nicht mit vollem Orchester ein, zwei Tage gemäßigter Temperatur nach der Regenperiode mühten verdächtig wirken, man zweifelte an den ehrlichen Absichten der Hitze. Ja, man freute sich sogar über das heiße Wetter. Aber bald wird es empfindlich tagen! Warum soll Berlin als einzige deutsche Stadt von der Hitze verschont werden? Sie setzt bestimmt bald mit wilder Energie ein, trotz verheißungsvoller Gewitterwolken.

Straßenbahn und Omnibus sind tatsächlich doch schon zur Dual geworden, und in den Coupes der Stadtbahn können bereits beide Fenster geöffnet sein, ohne daß ein Kengstlicher sich über Zugluft beschwert. Man darf überhaupt nicht mehr am Fenster stehen, wenn man nicht als Egoist angesehen werden will.

Bald wird der Asphalt zu dusten anfangen, bald werden die Damen Pelztragen tragen und die Herren ohne Hüte gehen und bald wird sich Berlin in eine Kochkiste verwandeln.

Ein Postbote in Hitler-Uniform!

Man treibt in unserer deutschen Republik — das müssen wir immer wieder feststellen — die Duldbarkeit ein bißchen weit. Den Freunden und Schützern der Republik wird die öffentliche Befundung ihrer Anschauungen möglichst ersichert — diejenigen aber, die der Republik lieber heute als morgen ein Ende bereitet haben möchten, tragen ihre antirepublikanische Gesinnung um so offener und dreister zur Schau.

Uns wird mitgeteilt, daß in Berlin im Postbezirk NW 23 (Hansviertel) ein Briefbote seines „Amtes“ wackelt, der auf seinen Dienstgängen sich in einer Hitler-Uniform zeigt. Der noch junge Mann ist anscheinend erst Posthelfer, so daß er nicht die Postuniform trägt, sondern noch in Zivilkleidung umherläuft. Sollte bisher keinem seiner Vorgesetzten aufgefallen sein, daß seine Zivilkleidung die Tracht der Hitler-Leute ist? Jacke, Hose, Samowechen sind wie bei den Hitler-Leuten, eine graue Hitler-Röhre „krönt“ das Ganze, und damit die Ausrüstung vollständig ist, fehlt nicht an der Röhre die schwarzweißrote Kordel. Ueber diesen Postboten in Hitler-Uniform, der im Dienst der deutschen Republik steht, haben sich schon Bewohner der Gegend vergeblich beschwert. Möglich ist, daß er zurzeit noch keine andere Kleidung hat, so daß er bis auf weiteres noch in der Hitler-Uniform seinen Dienst tun zu dürfen glaubt. Auch das könnte sein, daß er selber niemals in Beziehungen zur Hitler-Partei gestanden hat und nur in Ermangelung von etwas Besseren die abgelegte Hitler-Uniform eines älteren Bruders aufträgt. Aber reicht sein Lohn nicht aus, so muß er eine andere Röhre anschaffen, damit zunächst das auffälligste Stück seiner Ausrüstung, die Hitler-Röhre, verschwindet? Oder findet sich nicht ein Vorgesetzter, der ihm wenigstens die schwarzweißrote Kordel, die hier möglicherweise ein Ausdruck der Gesinnung ihres Trägers wäre, von der Hitler-Röhre herunterreißt?

Wissen möchten wir, ob es Beamten und Angestellten der Post erlaubt ist, mit dem Abzeichen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold oder auch nur mit einem der Träger als Bürger der deutschen Republik leuchtend schwarz-rot-goldenen Bändchen sich sehen zu lassen. Den Schülern, die in den obersten Klassen der höheren Schule kaum jünger als dieser Posthelfer sind, ist durch Verfügung des Provinzialschulkollegiums eingeschärft worden, daß sie in der Schule und auf dem Wege nach oder von der Schule keine Abzeichen — auch keine schwarzrotgoldenen! — tragen dürfen. In Pankow hat ein Schöffengerichtsvorsitzender einen Zeugen genötigt, ein ihn als Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold kennzeichnendes Bändchen aus dem Knopfloch zu nehmen. Ein Posthelfer aber darf sich erlauben, in Hitler-Kleidung mit schwarzweißroter Kordel seine Arbeit zu tun und in solchem Aufputz den Leuten ihre Briefe ins Haus zu tragen. Und das im siebenten Jahr der deutschen Republik!

Aus Liebe zum Diebe geworden.

Ein ungetreuer Postbeamter des Postamtes NW 87 wurde loben von seinen eigenen Kollegen entlarvt und festgenommen. Der Schaffner Arnold Schmidt, der 17 Jahre im Dienste stand, verließ sich in ein 16-jähriges Mädchen, das zwar sehr lebenswürdig war, dafür aber auch um so größere materielle Ansprüche stellte. Sie alle zu befriedigen reichte das Gehalt eines Posthelfers bei weitem nicht aus. Schmidt verschaffte sich deshalb „Neben-einnahmen“ aus Briefen, die von Amerika her nach Berlin kamen. In der letzten Zeit verschwand vom Amte fast täglich mehrere dieser Amerika-Briefe. Zunächst bestand kein Verdacht gegen eine bestimmte Person. Er fiel auf alle, die mit diesen Briefen in Berührung kamen. Schmidt's Kollegen aber trauten ihm nicht und behielten recht damit. Sie bohrten heimlich in die Holzwände des Kiosettaumes kleine Löcher. Als nun Schmidt die Toilette aufsuchte, beobachteten ihn zwei Kollegen durch diese Löcher und sahen, daß er mehrere Briefe öffnete. Es waren wieder Amerika-Briefe. Sofort nahmen sie den Ungetreuen fest und übergaben ihn der Kriminalpostdienststelle.

Kommunisten „meeting“ in der „Neuen Welt“.

Schon der Name klingt nach allerhand. Ringeindes Pathos ist ja überhaupt nicht die schwächste Seite des Fischerischen Kommunismus. Anlässlich ihres Parteitages mühten sie doch paradien. So zog er denn auf, der gesamte Rote Frontkämpferbund, der Jungsturm, und auch die übliche Demonstrationsausrüstung fehlte nicht. Transparente, Fahnen, Hoch-, Niederrufe und Gesang. Die Ansprachen der Herren Thälmann und Gelsche, der gemüßlich aufgeregten Frau Golke (Fischer), und die nimmer fehlende Krönung der Festfolge durch die jederzeit in mehreren Exemplaren vorhandenen ausländischen Genossen fehlten nicht. Soweit gut. Weniger gut allerdings, als es auf dem Hin- und Rückmarsch durch die engen Straßen Neutöllns östern zu erheblichen Zusammenstößen mit Passanten und Polizei kam. Schließlich mühten die Kommunisten wissen, daß es, so schmerzlich es ihnen auch sein mag, noch Menschen anderer Gesinnung als der der Moskauer Orthodoxie gibt. Auch die Polizei hätte sich ein wenig mehr Zurückhaltung anzuzeigen sollen. Aufregung ist in solchen Fällen am wenigsten am Platz.

Erziehung im Eisenbahnverkehr.

Die Reichsbahn-Direktion Berlin hat in den Abteilen der Stadt- und Ringbahn Plakate mit „Anstandsregeln“ anbringen lassen. Der Zweck ist, in höflicher Form zu bitten, aber auch manches energisch zu verbieten. So wird mit Rücksicht auf den gerade jetzt verstärkten Reiseverkehr gebeten, bei Andrang sich auf die Abteile zu verteilen und nicht einzelne zu überfüllen, während andere halbleer stehen; die Fahrgäste ohne Drängeln bequem aussteigen zu lassen; untereinander Entgegenkommen zu zeigen und Reibungen zu vermeiden; nicht vor dem Halten des Zuges die Abteiltüren zu öffnen. Verboten ist Auf- und Abpringen während der Fahrt, das Mitfahren auf Trittbrettern und Puffern, das Hinauswerfen harter Gegenstände, das Betreten und Überkreuzen der Schienenstränge, ferner Lärmen, Singen, Rufen,

zieren, Gemerbetreiben und jedes andere ordnungswidrige Verhalten. Ohne einen starken Schutz von Selbsterziehung klappert es nicht. Daran fehlt leider noch recht viel.

Für das einig Großdeutschland!

Anschlußfandgebung der republikanischen Studenten.

In dieser Zeiten Sturm und Drang hat sich eine studentische Jugend gebildet, die losgelöst ist von der billigen Phrasologie schwarzweißroter tapezierter Schwäger. Diese Jugend, die aus vollem Bewußtsein bereit ist, sich in den Aufbau des freiheitlichen Staates einzugliedern, veranfaßte gestern abend im dichtgefüllten Saal des ehemaligen Herrenhauses eine großdeutsche Kundgebung, die dem Zusammenschluß der beiden Brudervölker Deutschland und Oesterreich gewidmet war und in der der Genosse Reichstagspräsident Löbe und der Reichstagsabgeordnete Heuß sprechen sollten. Die entscheidenden Abstimmungen, die gestern in den Abendstunden im Reichstag stattfanden, verhinderten beide leider am Erscheinen, und so war im letzten Augenblick Landtagspräsident Genosse Bartels eingesprungen, um den Abend nicht nutzlos auseinanderlaufen zu lassen.

Nach einer Schilderung der unheilvollen und widernatürlichen Resultate des Versailler Friedens, die Oesterreich und Deutschland künstlich trennende Fesseln geschlagen haben, kam er auf die politische, wirtschaftliche und menschliche Notwendigkeit des Zusammenschlusses der beiden Brudervölker zu sprechen. Wir Republikaner haben uns immer aufs wärmste für die staatliche Einheit der deutschen Stämme eingesetzt. Die Frage des Zusammenschlusses ist eine Frage der Gerechtigkeit. Es ist der Zusammenschluß eines großen Volkes, der einmal kommen muß, weil ihn die Natur gebieterisch verlangt. Vergessen seien auch nicht jene deutschen Brüder, die ein verhängnisvolles Diktat außerhalb unserer Grenzen dirigierten. Dieses Unrecht muß corrigiert werden, aber nicht mit den waffenraffenden Gewaltphantasten der Revanchepolitik, sondern mit den Argumenten rastlosster und intensivster Aufklärung und der Souveränität eines guten, von Hoffgefühlen freien Bewusstseins. Gehen wir heute abend auseinander mit dem Willen und Gedanken, daß diese großdeutsche Idee unsere Idee ist, für die wir uns einsetzen, um unserem großen deutschen Volke zu dienen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Hierauf sprach Genosse Dr. Friedländer von der Vereinigung sozialistischer Studenten, ebenfalls improvisiert, zu seinen republikanischen Kommilitonen einige Worte. Er schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die beiden freien deutschen Republiken.

Besichtigung der Hochschule für Leibesübungen.

Heute vormittag besichtigte der Minister für Wissenschaft und Volksbildung, Dr. Hecker, die Räume der Preussischen Hochschule für Leibesübungen in Spandau. Die Landesturnanstalt liegt weit draußen in der Kadefandstraße, ein großer Gebäudekomplex mit weiten Turnplätzen, Schwimmbassins und Anlagen. In der Hauptfläche dient die Landesturnanstalt der Ausbildung von Jung-Lehrern und -Lehrerinnen im Turnfach. Nach Absolvierung der pädagogischen Examen müssen sie dort ein Jahr verbringen, wenn sie sich nicht auf der Universität ausbilden lassen wollen. Sie werden dort in allen Fächern des Turnens und der Körperbildung unterrichtet. Fast den ganzen Tag sind sie im Freien, ihre Körper sind tiefbraun wie die der Singalesen, gelenkig und geschmeidig. Die jungen Leute wohnen in Internaten, die der Landesturnanstalt angegliedert sind. Essen erhalten sie aus der Stadtküche Spandau, und sie schlafen in großen Zimmern, meistens zu zehn bis fünfzehn. Das Institut kann ungefähr 300 Menschen aufnehmen. — Daneben gibt es Kurse für Ärzte und Orthopäden, auch Privatpersonen können sich dort ausbilden lassen, allerdings nur, wenn genügend Platz vorhanden ist.

Ein rücksichtsloser Motorradfahrer wurde von der Reutöliner Kriminalpolizei festgenommen. Der Tankmeister D. fuhr mit seinem vierjährigen Söhnchen auf seinem Zweirad langsam und vorsichtig die rechte Seite der Rudower Straße in Brühl entlang. Da kam ein Motorrad hinter ihm hergerast und fuhr ihn so wuchtig an, daß sein Hinterrad in Trümmer ging. Beide Fahrzeuge fielen um. Der Tankmeister mit seinem Söhnchen und auch der Führer des Motorrades mit seinem Sojus saßen in weitem Bogen auf die Straße. Der kleine Knabe erlitt mehrere Rückenquetschungen und zwei erhebliche Kopfverletzungen. Es ergab sich, daß der Motorradfahrer, ein Droppel R., der einen 17 Jahre alten Lehrling bei sich hatte, stark betrunken war. Exemplarische Strafe ist bei allen betrunknen Automobilisten und Motorradfahrern, durch die Menschenleben Schädigt erlitten, notwendig.

Umleitung von Straßenbahnlinien. Infolge Gleisbauarbeiten werden heute von 12.05 Uhr nachts ab die Linien 84, 184, 88, 91 in beiden Richtungen vom Spittelmarkt über Gertraudenstraße, Köllnische Fischmarkt, Wühlendamm, Röllnemarkt, Stralauer Straße über Stralauer Brücke, Jannowbrücke, Brückenstraße und Köpenicker Straße umgeleitet.

Typhusepidemie auch in Otterleben?

Alarmierende Nachrichten über neue Massenerkrankungen kommen aus Otterleben bei Magdeburg. Dort sind über 60 Personen an charakteristischen Vergiftungserscheinungen erkrankt. Ein Mann ist gestorben, ein anderer schwimmt in Lebensgefahr. Während man zuerst Fleischvergiftungen annahm, scheint jetzt auf Grund medizinischer Untersuchungen festzustehen, daß es sich um Paratyphuserkrankungen handelt. Im bakteriologischen Institut der Universität Halle sind eingehende Untersuchungen im Gange. Otterleben liegt in allernächster Nähe Magdeburgs. Sehr begreiflich, daß sich die Bedrohung Magdeburgs sehr erheblich beunruhigt fühlt. Nach unseren Informationen liegt kein Grund zu Beunruhigungen vor. Die zuständigen Stellen werden alle notwendigen Maßnahmen treffen, um die Seuche zu illsieren. Aus Magdeburg ist umfassender Bericht angefordert worden. Man kann auf Grund der bisherigen Arbeit des Gesundheitsbezirks im Volksfürsorgeamt annehmen, daß von dieser Stelle alles Erforderliche veranlaßt und nichts verabsäumt wird, um die fährlich nicht unbedeutlichen Gefahren abzuriegeln.

Schwerer Unfall auf dem Stahlwerk Beder.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich im Walzwerk der Stahlwerke Beder A.G. in Wilsch. Drei Arbeiter waren damit beschäftigt, ein Rohr anzustreichen, an dem ein Gerüst befestigt war. Plötzlich löste sich das Rohr in der Flanke, stürzte auf das Gerüst und rief drei Arbeiter 15 Meter hinab in die Tiefe, wo sie mit zerschmetterten Gliedern liegen blieben. Kurz nach Einlieferung in das Krankenhaus starb der Hilfsarbeiter Weber bald darauf auch der Aufstreicher Wuhmühlen. Beide stammten aus Krefeld. Der dritte Verletzte schwimmt in Lebensgefahr.

Todesurteil gegen ein Gattenmörder.

Hannu, 16. Juli. Gestern abend wurde das Urteil gegen den Gattenmörder Max Seidel gefällt. Das Gericht erkannte ein Todesstrafe unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Der Verteidiger wird gegen das Urteil Berufung einlegen.

Groß-Berliner Parteieinrichtungen.

D. Hdt. Reichs: Heute abend Funktionenführung bei Schröder, Sternstraße 57. Jungsozialisten. Gruppe Prenzlauer Berg: Heute abend 8 Uhr, Hauptstr. am Parkstr. 2 (Vorabend). Vorstand des Gen. Otto Bacht: Heutige abend 8 Uhr, Hauptstr. 2 (Vorabend). Vorstand des Gen. Otto Bacht: Heutige abend 8 Uhr, Hauptstr. 2 (Vorabend). Vorstand des Gen. Otto Bacht: Heutige abend 8 Uhr, Hauptstr. 2 (Vorabend).

Vor dem Streik in den Gas- und Wasserwerken.

Die Widersprüche der Direktion.

Die Direktion der städtischen Gas- und Wasserwerke läßt durch das Nachrichtenamt des Magistrats erklären, daß bei den gestrigen Verhandlungen mit dem Hauptvorstand und der Ortsverwaltung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes von den Gewerkschaftsvertretern erklärt worden sei, daß sie den Schiedsspruch für Juli anerkennen.

„Wenn von Seiten der Gewerkschaft“, heißt es dann weiter, „erklärt wird, daß die Funktorenversammlung, die heute abend stattfinden soll, darüber zu entscheiden hat, ob die Gas- und Wasserwerke bestreikt werden sollen, so ist ein derartiger Beschluß unmöglich.“ (1) Die Rechtslage ist vielmehr so, daß für den Monat Juli, wie bereits erwähnt, ein Streik zwischen den Parteien nicht besteht. (2) Darum kann auch für den Juli ein Streik niemals von der Gewerkschaft gutgeheißen werden. Die Verhandlungen für August sind aber keineswegs als abgeschlossen zu betrachten. Die Verhandlungen haben ergeben, daß eine Einigung zwischen den Parteien bisher noch nicht erzielt ist. Es müßte daher nunmehr zunächst der Anruf des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin von Seiten der Gewerkschaft erfolgen.

Diese Erklärung, die die Tatsachen übrigens völlig entstellt, ist bezeichnend für den „Geist“, der in der Direktion der städtischen Gas- und Wasserwerke herrscht. Wir wollen zunächst feststellen, daß bei den Verhandlungen der Direktor Alexander (der heute in Urlaub gegangen ist, offenbar weil nach seiner „Rechtsauffassung“ alles sich in bester Ordnung befindet), von vornherein erklärte, daß nur für den Monat August und die spätere Zeit verhandelt werden könne, da für den Monat Juli die Direktion sich auf Zugeständnisse nicht einlassen könne. Darauf wurde schließlich von den Gewerkschaftsvertretern erklärt, daß sie sich für den Monat Juli mit der gegebenen Sachlage nur unter der Voraussetzung abfinden würden, daß für August eine Einigung erzielt wird.

Diese Einigung ist jedoch nicht erzielt worden. Wenn nunmehr die Direktion erklären läßt, daß nach der Rechtslage, wie sie sie auffaßt, ein Streik „unmöglich“ ist, so kommt das ungefähr auf die Erklärung hinaus, daß es an einem bestimmten Tage nicht regnen dürfe, weil im Kalender schönes Wetter angezeigt ist. Weder die Direktion noch der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband noch irgendeine andere Instanz werden die Belegschaften verhindern können, die Arbeit niederzulegen. Die einzige Möglichkeit, die Arbeitsniederlegung zu verhindern, ist eben ein genügendes Entgegenkommen der Direktion der städtischen Gas- und Wasserwerke.

Wir wollen weiter feststellen, daß die Direktion der städtischen Gas- und Wasserwerke, als die Belegschaft in passiver Resistenz trat, nach Eingreifen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter die Zustimmung gab, daß für Juli auf jeden Fall zwei Pfennig zugelegt würden. Diese Zusage ist von der Direktion bei den gestrigen Verhandlungen wieder zurückgezogen worden. Nachdem nun heute von den Gewerkschaften kein Zweifel darüber gelassen wurde, daß ein Streik unter den gegenwärtigen Umständen unvermeidlich ist, hat die Direktion wissen lassen, daß sie die zwei Pfennige für Juli aufrechterhält.

Gegenüber diesen Widersprüchen der Direktion hat der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß es ihm nicht um die Stilllegung der Gas- und Wasserwerke zu tun ist, er hat im Gegenteil alles getan, um diese Stilllegung, wenn irgend möglich zu verhindern. Er hat deshalb stets versucht, auf dem Verhandlungsweg die Forderungen

der Arbeiterschaft durchzusetzen. So wenig die Organisation jedoch den Streik um des Streikes willen führt, so wenig führt sie Verhandlungen um der Verhandlungen willen. Die Direktion der städtischen Gas- und Wasserwerke hat in den nächsten Stunden Zeit, die Konsequenzen aus dieser „Rechtslage“ zu ziehen. Aber nur noch in den nächsten Stunden!

Der dumme August.

Seit zwei Wochen führt der „Vorwärts“ eine Kampagne für die Gemeindegewerkschaften Berlins. Endlich ist es gelungen, über den für verbindlich erklärten Schiedsspruch hinaus eine wenn auch durchaus ungenügende Lohnzulage zu erreichen. Die Entscheidung steht auf des Messers Schneide.

In diesem mit dramatischer Spannung geladenen Augenblick erwacht der dumme August in der „Roten Fahne“. Und „schon“ beweist er in zwei Spalten, daß die Löhne der Gemeindegewerkschaften ganz ungenügend, die Gewerkschaftsinstanzen und der „Vorwärts“ Verräter sind. Es war aber auch die höchste Zeit. Wir wären sonst bei diesem Konflikt um den wohlverdienten heiteren Augenblick gekommen.

Stilllegungen und Arbeitszeitverlängerung.

Das Rezept der Zechenbesitzer.

Der rheinisch-westfälische Zechenverband trägt sich mit der Absicht, das Abkommen mit den Bergarbeiterverbänden über die Regelung der Arbeitszeit sowie den Rohmentarif zu kündigen. Die Grubenherren haben es sehr eilig; sie können anscheinend die Zeit bis zum Ablauf der Kündigung, die erst am 31. August zum 30. September erfolgen kann, gar nicht abwarten. Jetzt schon erklären sie, einmütig der Ansicht zu sein, daß nur die Wiedereinführung der Friedensarbeitszeit die Krise des Bergbaues heben kann. In England denken die Unternehmer nicht daran, eine derartige Forderung zu stellen.

Verlängerung der Arbeitszeit — das ist die ganze Weisheit der Grubenherren, wenn die durch die große internationale Bergbaukrise entstandenen schwierigen Probleme bewältigt werden sollen. Die Grubenunternehmer machen sich die Lösung leicht! Sie wollen die ganze Last der Krise auf die Schultern der Bergleute legen. Alles soll aus dem Bergmann herausgeholt werden. Es gehört eine gute Portion Borniertheit und Brutalität dazu, gegenüber der Weltkohlenskrise mit ihren Stilllegungs- und Umstellungsfragen mit dem Rezept der Arbeitszeitverlängerung zu kommen.

Die Verträge vom Reichsländbundes.

Nachdem wir erst vor kurzem Gelegenheit hatten, uns mit der Methode der Ueberstundenpraxis bei der Erzeugnisabteilung des Reichsländbundes zu beschäftigen, wurde kürzlich vor dem Berliner Kaufmannsgericht ein neuer Fall rigorosen Vorgehens bei dieser „nationalen“ Firma zur Sprache gebracht.

Der Kläger, ein Angestellter, befand sich, daß ihm am 30. Juni beim Reichsländbundes gekündigt worden ist, obwohl beim Engagement feste Anstellung vereinbart wurde. Die Verhandlungen waren feinerzelt mit dem früheren Leiter der Abteilung geführt worden. Dieser Leiter, der nunmehr als Zeuge auftrat, hatte den Kläger sogar veranlaßt, eine Stelle bei einer anderen Firma anzunehmen. Die weitere Vernehmung ergab, daß der Zeuge durchaus berechtigt war, selbständig Anstellungsverträge abzuschließen, obwohl der Vertreter des Reichsländbundes bei der Verhandlung von diesem

Recht nichts mehr wissen wollte. Es wurde jedoch festgestellt, daß der Zeuge in vielen Fällen andere Engagements vorgenommen hatte, ohne daß von der Direktion irgendein Einspruch erfolgt wäre.

Eine schriftliche Bestätigung hielt in diesem, wie auch in einigen anderen Fällen die Direktion des Reichsländbundes für „sinnlos“. Aber auch aus der Form der Gehaltsvereinbarung, die eine Staffelung bis Ende September vorsieht, ging deutlich Art und Dauer des Anstellungsverhältnisses hervor. Die Kammer nahm daher auf Grund der endlich bestärkten Aussage des Zeugen an, daß der Kläger bis Ende September fest engagiert war und daß der Zeuge auch das Recht hatte, das Engagement vorzunehmen. Durch sein stillschweigendes Verhalten hätte der Reichsländbundes sein Einverständnis erklärt. Das Urteil lautet dahin, daß das Vertragsverhältnis bis zum 30. September 1925 weiterläuft, daß der Kläger seine Dienste der Firma zunächst zur Verfügung stellt und daß dessen finanzielle Ansprüche dementsprechend zu regeln sind.

Durchfall überall.

Heilbronn, den 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Bei den Wahlen zum Gewerkschaftskongress im Deutschen Metallarbeiterverband wurden für die Liste A (Amsterdam) 652, für die Liste B (Rostau) 197 Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung betrug nur 21 Proz. Bei der Verbandstagswahl im Jahre 1923 erhielt die Liste B (Rostau) noch nahezu die Hälfte der abgegebenen Stimmen.

Konzentrationskampf im amerikanischen Baugewerbe.

London, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

New York ist von einem der merkwürdigsten „Arbeitskämpfe“ bedroht, die die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung der Welt kennt. Wie die Blätter melden, droht binnen kurzem ein Streik der Maurer und Stukkateure auszubrechen, der sich auf das gesamte Gebiet der Vereinigten Staaten erstrecken wird. Dabei handelt es sich hier nicht um einen Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern, sondern um einen Kampf zwischen den beiden Arbeitergruppen. Die ernste Situation im Baugewerbe, das im Gebiete der USA. heute ein Kapital von nicht weniger als zwei Milliarden Goldmark repräsentiert, ist vielmehr durch einen Beschluß der Gewerkschaft der Maurer entstanden, dahingehend, daß die Organisation der Stukkateure (Plasterer) in den Verband der Maurer aufgenommen und mit ihm verschmolzen werden solle. Die Stukkateure bestehen darauf, daß ihr Gewerbe von dem der Maurer verschieden sei und legen Wert auf die Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit. Präsident Coolidge und sein Arbeitsminister Mr. Davis haben bereits verschiedene Versuche zur Schlichtung dieses merkwürdigen Streites zwischen diesen beiden verwandten Arbeiterkategorien gemacht, die jedoch an der Erklärung der Maurer, daß die Auseinandersetzungen zwischen ihnen und den Stukkateuren keine öffentliche Angelegenheit sei, gescheitert sind. Die Maurer drohen mit einem Streik, falls sich die Stukkateure dem Beschluß der Maurer nicht fügen sollten. Das rigorose Vorgehen der Maurer findet in der Absicht ihre Begründung, sämtliche im Baugewerbe beschäftigten Arbeitnehmer in einem Verband zusammenzufassen, um die Stellung der Arbeitnehmer in allen Verhandlungen und Auseinandersetzungen mit den Unternehmern zu stärken. Die Öffentlichkeit verfolgt die schwebenden Auseinandersetzungen, die man als gewerkschaftliches Unikum betrachten kann, mit der allergrößten Aufmerksamkeit, da eine Stilllegung des Baugewerbes von bedeutender Tragweite für das gesamte Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten sein müßte.

Verantwortlich für Inhalt: Victor Schiff; Wirtschaftl.: Arthur Salzenberg; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Redaktion: Dr. John Schikowski; Redaktions- und Geschäfts-Verwaltung: Kurt Kersch; Anzeigen: H. Giese; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Terlau & Co., Berlin. Druck: Hermann-Terlau & Co., Berlin. Berlin-Verlag: Carl Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 1.



SCHWEIZER-MUSIKHAUS
BERLIN

Musikapparate, Musikinstrumente
diskret auf Teilzahlung ohne Aufschlag!!!

Großes Lager in Parlophon- u. Bekaplaten. — Eigene Reparaturwerkstatt.
Schönhauser Allee 130, Reinickendorfer Straße 117,
Badstr. 57, Brunnenstraße 25, Grünauer Straße 5, Weißensee, Berliner Allee 21

Wilmersd., Berliner Straße 135, Zentrale: Michaelkirchstr. 19, Fabrikgebäude

SASSE

Metallbettstellen
Korbstuhl, Kinderwagen



Diskret Teilzahlung bei sofortiger Lieferung
BALL
Gr. Frankfurt, Str. 47
gegenüber Markusstr.
Reparaturen anrufen Alex. 3186



Güterwagen
u. Bekaplaten
Spezialität
Conrad Müller
Lager



Abessinier-Pumpen
f. Laubenkoloniat z. Selbstaufst. f. Wasser, Gas, Öl, Benzin, Petroleum, etc.
Krupp & Löhmann
Pumpenfabr.
Altenstraße 14,
2. W. u. 3. Jan. 19

Und geht einmal das Geld zur Neige
kauf **auf Kredit** bei
Arthur Scheige
Garderobe
für Damen und Herren
Gardinen • Wäsche • Teppiche • fertige Betten

Oberschöneweide, Siemensstraße 14
Zweites Geschäft: Moabit, Erasmusstraße 1

Um auch den wertigen Kunden entgegenzukommen, die nach dem 15. Juli bei mir kaufen, gebe ich bis 1. August noch ein Kaffee-Service gratis!

Gegen Schwaben

gibt es ein todbringendes Mittel, das nicht eine mehr abregt, fängt, reizt, „Poudre Martin“, das höchste Radikalmittel von vorhersehbarer Result. zerbricht die Bräunehäutchen. Man nehme nur Originalpatent. Größe II Nr. 1.40, Gr. III Nr. 2.00, I Nr. 5.50. Münchenheimer Otto Reibel, Berlin SO 48, Eisenbahnstr. 4. In Drogerien erhältlich, aber echt nur mit der berühmten Marke

Tod und Teufel

Sonnenbrand Hautschäden
verhütet unser
Zeozon-Creme
Glänz. Anerkennung von erst. Ärztl. Autorität. Überall erhältlich.
Kopp & Joseph Berlin

Unser **Saison-Ausverkauf** hat begonnen
Ein Ereignis für das kaufende Publikum!

Nur einige Beispiele aus unseren Riesenlagern:

Dam.-Segelt.-Spang.-u. Nubukschnürschuhe in den modernsten Formen, braun und grau . . . nur 3 90	Dam.-Schnür- u. Spangenschuhe rot, echt Chev. u. mahag. Box calf in den eleg. Ausführg., amerik. u. L. XV.-Absätze nur 10 85	Damen-Schnür- u. Spangenschuhe in Lack u. braun, L. d. versch. Form. u. Ausf., amerik. u. L. XV.-Absätze nur 10 85	Herrenschnürschuhe u. Stiefel in braun, nur gute Qualitäten, spitze u. breite Formen . . . nur 11 85
---	---	---	---

Damen-Schnür- u. Spangenschuhe braun und schwarz, Chev. u. Boxcalf, in nur modernen Form. nur **5 90**

Damen-Nubuk-Schnürschuhe elegante Modelle Farben . . . nur **10 85**

Kinder-Schuhe und -Stiefel in braun, schwarz, weiß und Lack in nur guten Qualitäten, sowie Sandalen, Turnschuhe mit Chrom-, Leder- und Gummisohlen in großer Auswahl.

Schuhwarenhaus F. Potolowsky Nachf.
Nur Große Frankfurter Straße 141, Ecke Fruchtstraße Nur
Der weiteste Weg spart Ihnen Geld!